«Trump-Blockade - gegen Kuba - lässt Menschen sterben»

(Tages Anzeiger 6.08.2026)

Die schweizerischen und europäischen **Komplizen** dieses illegalen, das Völkerrecht massiv verletzenden Wirtschaftskrieges, wie **UBS, ZKB, PostFinance, Bank Cler und weitere Banken, Edelweiss, Hapag Lloyd, Hotelketten** und weitere Konzerne helfen dem autoritären und imperialistischen Trump/Rubio-Regime mit, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Treibstoffen, Strom, Wasser, Lebensmitteln, medizinischen Versorgung fast nicht mehr möglich ist. Ca. 7'000 Seecontainer für Kuba sind in karibischen Häfen blockiert. Durch die massive Verschärfung durch die totale Ölblockade seit anfangs Jahr brechen industrielle Produktion, Landwirtschaft, Güter- und Personentransporte sowie das Gesundheitswesen teilweise zusammen. Zur Durchsetzung der Blockade verschärft das US-Regime laufend die extraterritoriale Erpressung gegen Staaten und Konzerne.

Die USA wollen Cubas vorbildliches und kostenloses Gesundheitssystem zerstören

Im Juni 2026 warnte die UNO: «**Es gibt Kinder, die in Kuba - wegen medizinischer Versorgungsengpässe durch die Blockade - sterben».** Der Hohe Kommissar der UNO für Menschenrechte, Volker Türk, bestätigte kürzlich von Genf aus, dass die neuen Zwangsmaßnahmen der Trump-Administration eine humanitäre Krise vertiefen, die das **«Leben von Kindern auf der Insel fordert.** Die wirtschaftliche Blockade, die von den Vereinigten Staaten gegen **Kuba** verhängt wurde, ist nicht nur eine politische Einschränkung**,** sondern eine **Verurteilung zum Tod für die Verwundbarsten**.»

Der bekannte Tessiner Arzt und Krebsspezialist Franco Cavalli, Präsident der ONG mediCuba-Europa, der das eigentlich beindruckende kubanische Gesundheitswesen überaus gut kennt, sagte in einem Interview mit Prensa Latina am 19.10 2026 in Rom über den «versuchten Völkermord» durch die Sanktionen: «...das ist die Definition von Völkermord, wenn versucht wird, eine Nation mittels Hunger oder Krankheiten zu töten.»

Anstatt sich gegen den extraterritorialen Druck aufzulehnen – wie es z.B. die EU-Staaten durch ihre eigene Gesetzgebung (Blocking Statute (Verordnung (EG) Nr. 2271/96) eigentlich tun müssten – kuschen alle vor dem US-Druck. In der Schweiz sieht das opportunistische Verhalten gegenüber dem whitesupremacistischen und kriminellen Trump-Regime so aus, dass eine Milliardärsclique («Wirtschaftsdelegation» genannt) ihm einen Goldbarren und eine Rolex-Standuhr als korruptes Geschenk überbringt, anstatt dass BR Cassis seine Aufgabe gemäss der 2019 eingereichten und im Parlament angenommenen Petition **Unblock Cuba** («US-Blockade gegen Kuba aktiv bekämpfen») wahrnehmen würde.

"Die seit 1961 bis heute gegen die Republik Kuba verhängten umfangreichen politischen und ökonomischen Sanktionen verstoßen gegen internationales Recht. Dazu gehören vor allem in der UNO-Charta die Artikel 2 Ziffer 4 und 7 zum Schutz der Souveränität und des Rechts auf Selbstbestimmung, Verbot der Intervention, ferner die Artikel in der Universal Declaration of Human Rights (UDHR) von 1948 und des International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESCR) von 1966, sodann die Vorschriften der World Trade Organisation (WTO) zum Schutz der Handelsfreiheit und zahlreiche Prinzipien des Treaty on European Union (TEU, Vertrag von Maastricht)." (der Jurist Prof. Norman Paech 2023 am europäischen Internationalen Tribunal gegen die Sanktionen gegen Kuba)

Der Staat Schweiz, ihre Banken und etliche Konzerne machen sich mitschuldig, dass kubanische Menschen aufgrund des illegalen US-Kriegsaktes der Blockade sterben. Das ist ein seit 1960 vorsätzliches Handeln und bekannt. So verfasste der US-amerikanische Unterstaatssekretär Lester D. Mallory schon im April 1960 folgendes Memorandum, das ab 1961 vom US-Finanzministerium

konsequent und jedes Jahr verschärfend umgesetzt wurde:
«Es sollten unverzüglich alle möglichen Mittel eingesetzt werden, um das Wirtschaftsleben zu schwächen (...), indem Kuba Finanzmittel und Lieferungen vorenthalten werden, um die nominalen und realen Löhne zu senken, mit dem Ziel, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeizuführen.»

Am 27. und 28. Nov. wird in der UNO-Vollversammlung zum 34. Male über den Antrag Kubas debattiert und abgestimmt, die völkerrechtswidrige und kriminelle US-Blockade zu verurteilen und dass diese beendet werden muss. In einer bislang beispielslosen Kampagne - mittels Druck, Drohungen von hohen Zöllen, «Wirtschafts»-und Militärhilfe usw. (siehe ttps://amerika21.de/ 2026/10/291375/us-offensive-gegen-kuba-vor-der-un) versucht das militaristische und korrupte Trump/Rubio-Regime abhängige Staaten zu einer Ablehnung des Antrages zu «überzeugen». Trotzdem wird eine grosse Mehrheit der Länder in Solidarität mit Kuba dem Antrag zustimmen. Auch der Schweizer Staat. Aber dementsprechende Taten, wie eine Beendigung der Banken-Komplizenschaft, werden auch diesmal fehlen. Schweizerischer Opportunismus!

Unterstützen wir die Souveränität Cubas und seine Widerstand leistende Bevölkerung auf ihrem eigenen selbstbestimmten Weg! Wir rufen dazu auf Projekte, die der cubanischen Bevölkerung helfen, zu unterstützen (siehe dazu www.cuba-solidaritaet.ch)

Bekämpfen wir die kriminellen Kompliz:innen hier in der Schweiz mit ihrer völkerrechtswidrigen Beteiligung an der mörderischen Blockade!

Cuba sí – Bloqueo no! Cuba resiste – la Solidaridad existe!

Cuba Solidarität Vilma Espín
Zürich - Ostschweiz

www.cuba-solidaritaet.ch / Insta @cuba_vilma_espin